Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1827

27. 06. 95

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Willibald Jacob, Ulla Jelpke, Andrea Lederer, Steffen Tippach, Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend jede Art privilegierter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu dem Regime im Iran abzubrechen und alles zu unternehmen, um die Wiederherstellung der Menschenrechte im Iran zu fördern, und deshalb

– die Hermes-Bürgschaften für den Iran nicht weiter zu gewähren und den entsprechenden Beschluß der Bundesregierung vom Februar 1995 aufzuheben,

– jegliche sonstige Bevorzugung des Iran, wie sie beispielsweise mit dem von der Bundesregierung 1993 unterstützten Umschuldungsabkommen erfolgte, einzustellen;

2. jede Art polizeilicher, geheimdienstlicher und nuklearer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Regime in Teheran einzustellen und deshalb

– alle bundesdeutschen Rüstungsexporte in den Iran zu untersagen,

– alle Dual-use-Warenexporte nach dem Iran nicht zu genehmigen,

– aus dem Atomgeschäft zur Fertigstellung des Atomkraftwerks im iranischen Buschir auszusteigen,

– jegliche deutsch-russische nukleare Zusammenarbeit, die dem iranischen Atomprogramm und der Fertigstellung des iranischen Atomkraftwerks in Buschir dient, einzustellen,

– die Obstruktionspolitik im Mykonos-Prozeß aufzugeben und das Aussageverbot involvierter deutscher Beamter aufzuheben;

3. alles zu tun, um die Menschenrechtssituation im Iran zu verbessern, die Gefahr eines neuen Krieges in dieser Region zu mindern und dadurch ein Zeichen zu setzen, daß die Bundesregierung das Mitverschulden an Dauer und Intensität des irakisch-iranischen Krieg in den achtziger Jahren anerkennt und daher

- einen Wiedergutmachungsfonds, der den Opfern des Giftgaskriegs im iranisch-irakischen Krieg zugute kommen soll, einrichtet,
- gegenüber dem Iran auf allen Ebenen die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte vertritt,
- gegenüber der Regierung in Teheran die Rücknahme der Todesdrohung gegenüber Salman Rushdie verlangt,
- gegenüber der Lufthansa durchsetzt, daß das Beförderungsverbot für Salman Rushdie aufgehoben wird,
- das Einreiseverbot für Frau Miriam Radjshawie, das im Juni 1995 verhängt wurde, aufhebt und ihr und anderen Repräsentanten der iranischen Opposition die politische Betätigung auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gestattet.

Bonn, den 27. Juni 1995

Dr. Winfried Wolf

Heinrich Graf von Einsiedel

Dr. Willibald Jacob

Ulla Jelpke

Andrea Lederer

Steffen Tippach

Gerhard Zwerenz

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Das Regime in Teheran verletzt laut Berichten von Amnesty International und des VN-Berichterstatters für den Iran, Reynaldo Galindo Pohl, systematisch die Menschenrechte. Unter anderem sind die Anwendung von Folter in der Haft und das Verschwindenlassen von politischen Opponenten an der Tagesordnung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zweitwichtigster Handelspartner des Iran. Die Bundesregierung hat im Februar 1995 neuen „Hermes-Krediten" für den Iran zugestimmt. Damit werden private Exporte in dieses Land steuerlich subventioniert.

Darüber hinaus war die Bundesrepublik Deutschland laut Angaben der Weltbank führend daran beteiligt, daß der Iran 1993 seine Auslandsschulden günstig umschulden konnte (World Debt Tables 1994, I. Fassung; WEED-Bericht 1994). Im Gegenzug zahlt Teheran an Bonn und an deutsche Banken pünktlich Zins und Tilgung für eingegangene Verbindlichkeiten; hinsichtlich des Schuldendienstes ist der Iran das für Bonn und für deutsche Banken wichtigste Schuldnerland.

Das noch unter dem Schah-Regime mit deutscher Hilfe begonnene Atomkraftwerk bei Buschir soll in den nächsten Jahren fertig-

gestellt werden. Dies wird durch eine atomare Zusammenarbeit mit Rußland und mit der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Unter anderem erklärte die Bundesregierung am 26. Januar 1995, für in Hanau eingelagertes Uran, das angeblich vor mehr als 15 Jahren vom Schah-Regime bestellt worden sei, bestehe ein weiter gültiger Rechtsanspruch der Regierung in Teheran. Für dieses Uran stehe eine „Exportgenehmigung in den Iran in den nächsten Monaten" in Aussicht. Der SIPRI-Report 1993 spricht davon, daß „Teheran sich mit mehreren Milliarden Dollar auf den Ausbau seiner nichtkonventionellen militärischen Fähigkeiten eingelassen" hat. Gegen das atomare Programm Teherans und gegen die direkte und indirekte Unterstützung dieses Programms durch die russische und deutsche Regierung gab es u. a. Proteste seitens der US-amerikanischen und der israelischen Regierung.

Die Regierung in Teheran hat auch 1995 das Todesurteil gegenüber dem Schriftsteller Salman Rushdie bestätigt. Sie betreibt eine systematische Kampagne, um zum Mord an diesem Schriftsteller aufzustacheln. So meldete im Januar 1995 die staatliche iranische Nachrichtenagentur Iran, daß die Regierung in Teheran zum sechsten Jahrestag der Verhängung dieses Todesurteils einen „Wettbewerb" ausgeschrieben hat. Wer die „beste Kurzgeschichte über das angsterfüllte Leben" des untergetauchten Verfassers der „Satanischen Verse" einreiche, kann mit einer finanziellen Belohnung rechnen.

Im Juni 1995 sollte in der Dortmunder Westfalenhalle Frau Miriam Radjshawie als Vertreterin der iranischen oppositionellen Volksmudhajedin sprechen. Die Bundesregierung verkündete kurzfristig ein Einreiseverbot für Frau Radjshawie, weil ihr geplantes Auftreten „außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen" würde (aus der Antwort von Staatssekretär Lindner an MdB Monika Ganseforth am 31. Juni 1995).

In den achtziger Jahren leisteten die Bonner Regierung und deutsche Unternehmen im irakisch-iranischen Krieg beiden kriegführenden Seiten militärische und andere Hilfe. Die VN hat mehrfach den Giftgaseinsatz auf irakischer Seite dokumentiert und verurteilt. Gerichtsnotorisch ist, daß deutsches Know-how mitverantwortlich für diese Giftgasführung war. Tausende Menschen kamen dabei ums Leben, tausende Giftgasopfer leiden weiter unter den Folgen der Giftgaskriegsführung.

Eine Beteiligung der Bundesregierung an dem allgemeinen wirtschaftlichen Boykott des Irans, wie er von der Regierung der USA verhängt wurde, ist nicht geeignet, eine weitere Eskalation der Konflikte in dieser Region zu verhindern, und wirkt sich überwiegend negativ gegenüber der zivilen Bevölkerung aus.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333